

10.02.95

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

**Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Verbraucherinnen
und Verbraucher vor der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie
(BSE)**

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Mainz, den 10. Februar 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. h.c. Johannes Rau

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dem Bundesrat den
als Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Ver-
braucherinnen und Verbraucher vor der Bovinen Spongi-
formen Enzephalopathie (BSE)

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Antrag gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung auf die
Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesrates am 17. Februar 1995 zu
setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE)

1. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, seinen in der 679. Sitzung am 20. Januar 1995 gefaßten Beschluß über die Änderungen zu der vom Bundesminister der Gesundheit vorgelegten "Verordnung über fleischhygienische Schutzmaßnahmen gegen die Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE-Verordnung)", durch den das Verbringen von Rindfleisch aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland in das Inland unterbunden werden soll, umzusetzen.

Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission alles unternimmt, um diesen Beschluß zu realisieren und hierzu auch die Entscheidung der Kommission vom 14.12.1994 (94/794/EG) vor dem Europäischen Gerichtshof gemäß Art. 173 EG-Vertrag anzufechten.

2. Der Bundesrat begrüßt es, daß durch Aufklärungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit und Informationen über die Herkunft von im Inland verkauftem Rindfleisch den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine bewußte Kaufentscheidung erleichtert wird. Er begrüßt ebenfalls die Bereitschaft von Fleischerzeugern, Fleischverarbeitern und Fleischhandel in der Bundesrepublik Deutschland, dazu beizutragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren, die möglicherweise durch BSE-verseuchtes Rindfleisch entstehen, zu schtzen.

17.02.95

Beschluß
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE)

Der Bundesrat hat in seiner 680. Sitzung am 17. Februar 1995 die aus der Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

Entschließung des Bundesrates
zum
Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor der
Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE)

1. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, seinen in der 679. Sitzung am 20. Januar 1995 gefaßten Beschluß über die Änderungen zu der vom Bundesminister der Gesundheit vorgelegten "Verordnung über fleischhygienische Schutzmaßnahmen gegen die Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE-Verordnung)", durch den das Verbringen von Rindfleisch aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland in das Inland unterbunden werden soll, umzusetzen.

Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission alles unternimmt, um diesen Beschluß zu realisieren und hierzu auch die Entscheidung der Kommission vom 14.12.1994 (94/794/EG) vor dem Europäischen Gerichtshof gemäß Art. 173 EG-Vertrag anfechtet.

2. Der Bundesrat begrüßt es, daß durch Aufklärungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit und Informationen über die Herkunft von im Inland verkauftem Rindfleisch den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine bewußte Kaufentscheidung erleichtert wird. Er begrüßt ebenfalls die Bereitschaft von Fleischerzeugern, Fleischverarbeitern und des Fleischhandels in der Bundesrepublik Deutschland, dazu beizutragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren, die möglicherweise durch BSE-verseuchtes Rindfleisch entstehen, zu schtzen.